

---

# Christliche Demokratie in Polen

Aniela Dylus

## 1. Vorgeschichte

Nach der Wende in Polen mussten diejenigen Politiker, die den christlich-demokratischen Ideen verbunden waren, nicht am Nullpunkt anfangen. Sie konnten nämlich an das Ideengut der christlich-demokratischen Parteien vor dem Kriege anknüpfen. Die bedeutendste von ihnen war die Arbeitspartei (*Stronnictwo Pracy*) sowie die 1918 gegründete Christliche Demokratie (*ChD*, *Chrzescijańska Demokracja*) mit dem oberschlesischen Politiker Wojciech Korfanty, einem Anhänger der katholischen Soziallehre an der Spitze.<sup>1</sup> Zwar waren in der politischen Szene der Zweiten Republik diese Parteien nicht ganz unbedeutend, doch schon damals konnte von ihrer Stabilität keine Rede sein. Ihre Geschichte – wie auch die der anderen damaligen Parteien – ist von Zersplitterungen und Bündnissen, Teilungen und Allianzen gekennzeichnet.<sup>2</sup>

Mehrere Gründe spielten dabei eine Rolle. Nach dem Ersten Weltkrieg konnte man im Prozess des Wiederaufbaus der unabhängigen Staatlichkeit nur in den ehemaligen preußischen Gebieten Schlesiens und der Gegend um Posen an einer christdemokratischen Tradition der Zentrumspartei anknüpfen. Auf jeden Fall ist die Entstehungsphase der christlich-demokratischen Bewegungen in Europa für Polen eigentlich keine Erfolgsgeschichte. Auch späteren Versuchen, die diese Entwicklung nachholen wollten, waren keine großen Erfolge vergönnt.

Immerhin, als am 12. Februar 1989 die *Arbeitspartei* re-

aktiviert wurde, haben sich einige ihrer führenden Neugründer direkt auf die alte christdemokratische Partei berufen. Es gab sogar ältere Politiker, wie z. B. Władysław Siła-Nowicki, die 43 Jahre zuvor noch in der alten Partei tätig waren (die *Arbeitspartei* wurde erst am 18. Juli 1946 aufgelöst). Diese Kontinuität war ein unüberschätzbarer Vorteil, aber es waren auch gewisse Gefahren damit verbunden. Die schwerwiegendste Gefahr sollte sich schon schnell zeigen. Man versuchte nämlich, die vor 43 Jahren aufgegebenen Ideen wieder aufzugreifen, so als ob sich in der Zwischenzeit nichts geändert hätte. Doch wurde schnell erkannt, dass dieses Programm nicht mehr zeitgemäß war, so dass eine Wiederbelebung der Partei abgelehnt wurde.

## *2. Der mühsame Entstehungsprozess des demokratischen Parteiensystems Polens*

Dreizehn Jahre nach der Wende muss man leider rechts von kommunistischen Gruppen das Fehlen moderner, stabiler Parteien feststellen. Die Zusammenarbeit der unterschiedlichen politischen Kräfte, denen am normalen Funktionieren des Staates gelegen ist, lässt zu wünschen übrig. Die Verteilung der Mandate im jetzigen Sejm zeigt unzweideutig die Schwäche der bürgerlichen Parteien:<sup>3</sup>

216 Mandate besitzen die *Demokratische Linksallianz* (SLD), ein Bündnis linker Parteien, und die *Union der Arbeit* (UP). Auf die *Polnische Bauernpartei* (PSL) entfallen 42 Mandate; diese beiden postkommunistischen Gruppierungen bilden gegenwärtig die Regierungskoalition.

Die *Selbstverteidigungspartei* (Samoobrona), eine extreme, populistische, antieuropäische Bauernpartei hat 53 Sitze. *Recht und Gerechtigkeit* (PiS), die derzeit den Christdemokraten am nächsten steht, hat 44 Sitze. Auf die *Bürgerplattform* (PO), die vor allem liberale, aber auch kon-

servative und christdemokratische Elemente in ihrem Programm aufführt, kommen 65 Mandate. Die beiden letzten Parteien bilden eigentlich eine bürgerliche Opposition; dazu zählen die *Liga der Polnischen Familien* (LPR), eine extreme, nationalkatholische, populistische, antieuropäische Partei, die mit dem religiösen Sender, Radio Maryja, verbunden ist; sie kommt auf 38, die Deutsche Minderheit auf 2 Mandate.

Daneben gibt es verschiedene politische Gruppierungen, die nicht im Parlament vertreten sind. Symptomatisch für die Instabilität der politischen Szene in Polen ist das Schicksal der *Freiheitsunion* (UW). Diese Partei, mit Persönlichkeiten wie Tadeusz Mazowiecki, Hanna Suchocka, Leszek Balcerowicz, Bronisław Geremek, die noch unlängst mit 10–15 % Wählerstimmen rechnen konnte, schien noch vor kurzem einen festen Platz in der Parteienlandschaft zu haben. Dank ihrer politischen Kultur und ihres ausgewogenen, die Rechtsstaatlichkeit fördernden Verhaltens hatte sie zunächst einen guten Ruf in der Bevölkerung. Doch in den letzten Parlamentswahlen vom September 2001 konnte sie die 5 %-Hürde nicht überwinden. Verantwortlich für die Niederlage war die Zerstrittenheit dieser Partei, in der die christlichen und laizistischen, liberalen und sozialdemokratischen Strömungen nicht zusammengeführt werden konnten. Sie ist aus der Öffentlichkeit fast verschwunden.

Die verschiedenen Parteien lassen sich in Polen schwer nach Kriterien wie Linke und Rechte, oder Sozialdemokraten – Christdemokraten – Liberale – Konservative ordnen. Stanisław Lem, ein bekannter polnischer Science-Fiction-Schriftsteller, hat sich vor kurzem darüber beklagt, dass es unterschiedliche Auslegungen von Demokratie in den sog. Transformationsländern wie Polen, Ungarn oder Tschechien gibt, Interpretationen, die die partikuläre oder gar die scheinbare Demokratie nicht ausschließen. Demokratie setzt eine vitale Zivilgesellschaft voraus; diese muss

ihre Werte soweit internalisiert haben, dass gewisse Verhaltensweisen ausgeschlossen sind. Leider herrschen in dieser Hinsicht in Polen beträchtliche Unklarheiten. Lem geht in seiner Analyse noch weiter und ist der Meinung, dass es weder eine Rechte, noch eine Linke, noch eine Mitte gebe. Was wir haben, erinnere ihn vielmehr an einen Gemüsesalat, in dem manche Farben zu erkennen sind. Er selbst wisse nicht, warum die polnische Gesellschaft so schwermütig geworden sei.<sup>4</sup>

Für die Zerrissenheit der politischen Eliten spielt immer noch das Verhältnis zur Vergangenheit die wesentliche Rolle, weniger jedenfalls als die Frage schlüssiger Parteiprogramme. Insofern ist die Spaltung der Parteien in Postkommunisten und Nachfolgeparteien der *Solidarność* weiterhin erkennbar. Natürlich werden im Laufe der Zeit die scharfen Gegensätze, die aus der jüngsten Geschichte herühren, immer mehr verschwinden. Schon jetzt, vor allem auf der Selbstverwaltungsebene, kommt es öfters vor, dass die noch vor kurzem konträren Gruppierungen aus taktischen Gründen – oder, was seltener ist, zum Wohl der lokalen Gemeinschaft – Bündnisse schließen. Zwar bilden auch die Postkommunisten alles andere als einen einheitlichen Block. Sie treten jedoch in der Öffentlichkeit friedlich und geschlossen auf; Konflikte werden nicht auf dem offenen Markt ausgetragen. Ihre Gegner machen es umgekehrt.

Die zwischen 1989 und 1993 ausgetragenen inneren Konflikte an der Spitze des Solidaritäts-Lagers wurden als Machtkämpfe der einstigen Streiter gegen den Kommunismus in der Umbruchphase nach dem Systemwechsel interpretiert.<sup>5</sup> Der Höhepunkt dieses Konflikts war 1991, als Lech Wałęsa den „Krieg an der Spitze“ eröffnete. Ein Ergebnis dieser schweren Auseinandersetzungen war leicht vorauszusehen. In den Jahren 1990–1995 spaltete sich der *Solidarność*-Block in über 260 politische Parteien und Gruppierungen auf. Doch betraf diese Zersplitterung keineswegs

nur das rechte Parteienspektrum; denn schon im Herbst 1992 waren in Polen rund 500 Parteien registriert.<sup>6</sup> In der ersten Legislaturperiode 1991–1993 waren im Sejm nicht weniger als 29 Parteien und Gruppierungen vertreten. Erst das Wahlgesetz vom Mai 1993 hat diese verhängnisvollen Entwicklungen gestoppt. Als Voraussetzung für die Wahl ins Parlament wurde die 5 %-Hürde für Parteien und die 8 %-Hürde für Parteibündnisse eingeführt.

Die weithin beklagte Politikverdrossenheit ist auch in Polen spürbar. Die ständige Diffamierung des politischen Gegners in den Wahlkampagnen und die undurchsichtigen Machtspiele an der Spitze der Parteien trugen zu einem erheblichen Vertrauensschwund bei den politischen Eliten bei. Ohne Zweifel gehen vom Verhalten der Eliten und der Parteienkonstellationen destabilisierende Wirkungen auf die junge Demokratie aus. Die „ungastliche politische Bühne“ (Paweł Śpiewak), die die Bürger kaum zu politischer Teilnahme einlädt, gibt wiederum Anlass, sich von „denen da oben“ zu distanzieren. Diese Haltungen sind auch bei engagierten Christen und den neuen christlich-demokratisch geprägten Institutionen feststellbar.

### *3. Die bunte Parteienlandschaft der christlich-demokratischen Parteien*

Aus den genannten Gründen (große Hektik des parteipolitischen Entstehungsprozesses, unscharfe programmatische Konturen u. a. m.) fällt es schwer, die christlich-demokratischen Gruppierungen in Polen genauer zu charakterisieren (vgl. Tabelle 1).

– Die *Christliche Demokratie – Arbeitspartei* (ChD/SP) wird zwar weithin als „Mutter“ der polnischen „Chadecja“, der *Christlichen Demokratie* angesehen, doch spielt sie heute keine große Rolle mehr.

– Die *Christlich-Nationale Vereinigung* (ZChN) ist zwar keine typische christlich-demokratische Partei, doch enthalten ihre Programme christlich-demokratische Elemente. Die Partei bemüht sich, die drei großen politischen Ideenkreise Polens, den Gedanken der Nation und ihrer Unabhängigkeit mit der christlich-demokratischen Idee zusammenzuführen. Bei den Transformationsprozessen der letzten Jahre hat die Partei Verdienste errungen. Nach der Niederlage des Wahlbündnisses *Solidarność* bei den Parlamentswahlen im September 2001 ist sie jedoch aus der Öffentlichkeit verschwunden.

– Die *Verständigung der Polnischen Christdemokraten* (PPChD) hat sich von Anfang an als moderne *Christliche Demokratie* definiert. Im Vergleich zu den anderen Parteien mit christlich-demokratischem Anspruch betont sie am stärksten die liberalen Elemente in ihrem Wirtschaftsprogramm. Sie beteiligte sich an Initiativen, die die Einigung der polnischen „Chadecja“ zum Ziel hatten (der sog. St. Katharina Konvent; AWS).

– Die *Partei der Polnischen Demokratie* (Stronnictwo Demokracji Polskiej; vorher: Polnisches Forum der Christlichen Demokratie) versteht sich als Plattform der politischen Aktivitäten des ehemaligen Pax-Vereins, einer katholischen Laienorganisation zwischen 1947 und 1989. Trotz ausgezeichneter organisatorischer Infrastruktur, ist sie ohne politische Bedeutung.<sup>7</sup>

– Die *Verständigung Zentrum* (PC) wurde 1990 gegründet; sie ist das Produkt des „Krieges an der Spitze“ innerhalb des Solidaritäts-Lagers. Die PC, seit ihrer Gründung von Lech Wałęsa unterstützt, wurde zutreffend mit der Christlichen Demokratie identifiziert. Eine Monographie über politische Eliten, die unmittelbar nach der Wende erschien, charakterisierte diese Partei als „polnische Chadecja“.<sup>8</sup> Ihr Vorsitzender, Jarosław Kaczyński, versteht sie als Synthese von konservativ-liberalen und christlich-de-

mokratischen Elementen. Nach den personellen Konflikten an ihrer Spitze (Streit zwischen Lech Wałęsa und anderen Spitzenvertretern) und nach mehreren Abspaltungen verlor die Partei beträchtlich an Bedeutung. Seit 1997 ist sie Teil des Wahlbündnisses *Solidarność*; Jarosław Kaczyński schloss sich *Wiederaufbau Polen*, der nationalistisch orientierten Partei von Jan Olszewski an. Im Jahre 2000 schlossen sich Teile der PC mit der *Verständigung der Polnischen Christdemokraten* zusammen, doch löste sich die *Verständigung Zentrum* kurz danach auf.

– Ein Fiasko erlebte auch die 1997 gegründete *Christliche Demokratie der III. Republik* (ChD III RP), die ebenfalls mit Lech Wałęsa verbunden war. Die Partei ist bis heute ohne Bedeutung.

– Dagegen vermochte die Wahlaktion *Solidarność*, sich einen festen Platz im politischen Spektrum zu sichern. Vor den Wahlen 1997 ist es ihr gelungen, ein Bündnis von fast vierzig, zumeist gemäßigt-konservativen politischen Gruppierungen unter der Führung der Gewerkschaft *Solidarność* zu Stande zu bringen. Doch schon unmittelbar nach den gewonnenen Parlamentswahlen im September 1997 brach die Wahlaktion auseinander. Auf Grund von Meinungsunterschieden schied die Freiheitsunion nach zweieinhalb Jahren aus der Regierungskoalition aus. Die verschiedenen Richtungen der Partei vermochten sich nicht mehr auf ein gemeinsames Programm festzulegen. Der mit Radio „Maryja“, einem religiös-traditionalistischen Sender verbundene extrem rechte Flügel des Wahlbündnisses *Solidarność* agitierte gar mit nationalistischen Parolen; er verließ mit seinen ca. 20 Abgeordneten als erster das Wahlbündnis. Weitere Austritte, Abspaltungen und Neugründungen höhlichten die christlich-demokratischen Solidaritätsidee vollends aus, so dass schließlich auch die Gewerkschaft *Solidarność* das Bündnis verließ. Immerhin vermochte die von der Wahlaktion getragene Regierung die vierjährige Amtsperiode

durchzuhalten. Nach den verlorenen Wahlen vom September 2001 hat sich die *Wahlaktion Solidarność* aufgelöst.

– Ein Teil der *Wahlaktion Solidarność* war die *Soziale Bewegung – Wahlaktion Solidarność* (RS/AWS). Auch sie kehrte nicht mehr ins Parlament zurück. Diese Bewegung steht so sehr im Schatten der vorherigen Regierung, dass sie für deren Fehler einstehen muss.

– Die im April 2001 gegründete Partei *Recht und Gerechtigkeit* (PiS) ist ein neuer Stern am parteipolitischen Himmel. Zur Zeit ist sie die einzige dezidiert christlich-demokratische Gruppierung, die im Sejm vertreten ist. Ihr Vorsitzender, Lech Kaczyński, hat ihr Verhältnis zur christlich-demokratischen Tradition einmal auf die ironische Formel gebracht: „Wir sind eine christlich-demokratische Partei; aber wir sind keine Chadecja.“ Vielleicht hat Kaczyński hinsichtlich der Chadecja, der herkömmlichen Christlichen Demokratie, negative Assoziationen. Erstaunlicherweise erlangte die Partei bei den Wählern politisches Vertrauen. Schon ein halbes Jahr nach ihrer Gründung gewann sie bei den Parlamentswahlen im September 2001 44 Mandate. Dieser rasche Erfolg zeigt, dass die polnischen Wähler nicht so sehr auf Parteien fixiert, sondern eher personenorientiert sind. Der Zuspruch zur PiS beruht daher vor allem auf der Person an ihrer Spitze, dem sehr populärer Politiker und ehemaligen Justizminister der Regierung Buzek, Lech Kaczyński. Er hat sich dank konsequenter Sorge um die innere Sicherheit der Bürger und einer restriktiven Rechtspolitik großes Ansehen erworben. Zutreffend wird die Partei manchmal als „Partei eines Themas: Sicherheit der Bürger“ bezeichnet. Dieses Beispiel zeigt, welche Rolle in den postkommunistischen Ländern das Bedürfnis nach Sicherheit spielt. Gute Perspektiven für die Partei ergeben sich nicht zuletzt angesichts ihrer programmatischen Zusammenarbeit mit der *Bürger-Plattform*. Allerdings waren in den Selbstverwaltungswahl-

komitees vor den Wahlen im Oktober 2002 auch kompromittierte Kandidaten, was für eine Partei, die mit Parolen wie „Transparenz“ und „Kampf der Korruption“ wirbt, gefährlich werden kann. Die künftige Entwicklung der Partei ist daher schwer vorauszusehen.

#### *4. Die polnische „Chadecja“ als Verschmelzung christlicher und polnischer Ideen*

Die polnischen Christlichen Demokraten sind keine programmatisch homogene Gruppierung. Jede Gruppierung versucht, ihr Programm besonders zu akzentuieren; dennoch sind auch gewisse Übereinstimmungen festzustellen. Diese beziehen sich sowohl auf das spezifisch *Christliche*, als auch auf das spezifisch *Polnische*.

Ein Kanon von Grundanschauungen und Grundwerten ist den christlich-demokratischen Parteien und Gruppierungen gemeinsam. Zu diesem Wertekanon gehören:

- Das personalistische Menschenbild;
- die Hochschätzung der Arbeit und des Privateigentums; beide werden als sozialetische Kategorien betrachtet;
- die Hervorhebung der Rolle der Familie und kleineren Gemeinschaften;
- der Vorrang des Naturrechts vor dem positiven Recht;
- die Orientierung des politischen und sozialen Engagements an ethischen Prinzipien;
- die Ablehnung des politischen Radikalismus bei gleichzeitiger Betonung der gesellschaftlichen Solidarität.

Diese programmatischen Grundsätze sind allgemeiner Natur und finden als politische und soziale Orientierungsmarken breite Akzeptanz. Kontroversen treten angesichts der Frage auf, was in konkreten Situationen politischer Willensbildung und Entscheidungen aus den Grundwerten zu folgern ist.

Richard von Weizsäcker hat zum Christentum als Orientierung christlich-demokratischer Programmatik bemerkt: „Wir leiten aus christlichem Glauben kein bestimmtes Programm ab. Das kann man gar nicht. Es gibt in unserem Land keine christliche Politik im Gegensatz zu einer unchristlichen Konkurrenz. Christlicher Glaube gibt uns aber das Verständnis vom Menschen, auf dem unsere Politik aufbaut.“<sup>9</sup> Eine solche deutliche Stellungnahme ist den Christlichen Demokraten Polens fremd. Das Christliche in den Parteiprogrammen bezieht sich hier zumeist unvermittelt auf die katholische Soziallehre oder auf theologische und kirchliche Texte. In den Programmen der polnischen christlich-demokratischen Parteien finden sich mitunter ganze Passagen der päpstlichen Sozialzyklen. Von daher ist es verständlich, dass in den politikwissenschaftlichen Lehrbüchern die Christliche Demokratie als diejenige parteipolitische Formation dargestellt wird, die „die Soziallehre der Kirche als Basis ihrer Programme betrachtet“.<sup>10</sup>

Die polnischen Christlichen Demokraten betonen vor allem Werte wie Unabhängigkeit, Souveränität, Patriotismus und verbinden diese mit einem starken Antikommunismus. Eine solche Auffassung findet sich z. B. im Programm der *Verständigung Zentrum*. Allerdings riefen die antikommunistische Haltung und das Bestreben, das öffentliche Leben strikt nach christlichen Werten zu ordnen, auch Gegenreaktionen hervor. Vielfach wurde deswegen den christlich-demokratischen Parteien Fundamentalismus vorgeworfen.

So stehen mehr oder weniger radikalen, kirchentreuen Politikern und Parteianhängern, die die Erhaltung und Erneuerung christlicher Werte in der Öffentlichkeit fordern, ein breites Spektrum von Politikern gegenüber, die die strikte Trennung von Kirche und Staat fordern und die Orientierung der Politik am christlichen Ideengut ablehnen.

Daneben gibt es Antikommunisten und Postkommunisten, während den nationalistisch orientierten Kräften, die vorgeben, das „wahre Polen“ zu vertreten, die Kosmopoliten gegenüberstehen.

Von einem Fundamentalismus in der Politik kann man sprechen, wenn vier Faktoren feststellbar sind: 1) Die Fundamentalisten berufen sich auf nationale, religiöse oder sonstige sittliche Werte (wie Freiheit, Gleichheit). 2) Sie artikulieren eine Vision der Wirklichkeit mit zwei Gruppierungen: „wir“ und „die anderen“. 3) Diese Dichotomie soll die komplexe und differenzierte Wirklichkeit, die viele nach der Wende als chaotisch und bedrohlich erleben, auf ein einfaches gedankliches Grundmuster reduzieren und dadurch Halt und Stabilität versprechen. 4) Es gibt folglich kaum noch Möglichkeiten, von diesen Zerrbildern abzurücken und Kompromisse zu schließen.

Es wäre ungerecht, die Christliche Demokratie für die vielen Schattierungen fundamentalistischer Haltungen in Polen verantwortlich zu machen. Doch ist andererseits nicht zu leugnen, dass in genannten Parteien mit christlicher Programmatik fundamentalistische Züge anzutreffen sind.

Die entschiedene Ablehnung des extremen Etatismus sowie Liberalismus in sozialwirtschaftlichen Programmen ist kein spezifisch polnisches Kennzeichen christlich-demokratischer Politik, sondern ein Grundzug aller christlich-demokratischen Parteien in Europa. In Polen aber sind die Forderungen nach umfänglichen sozialen Begleitmaßnahmen des Transformationsprozesses seitens des Staates deutlich zu hören. Diesbezügliche Erwartungen richten sich vor allem auf eine entsprechende Familienpolitik; diese soll den vor allem die Familien betreffenden negativen Begleiterscheinungen der notwendigen Wirtschaftsreformen entgegenwirken.

Der etatistische Standpunkt der polnischen Christdemokraten in der Außenpolitik wurde wiederholt unterstri-

chen. Er umfasst folgende Prioritäten: Schutz der polnischen Souveränität, Garantie der Sicherheit des Staates und Stärkung seiner internationalen Position. Daher wurde auch die Einbindung Polens in die Nordatlantische Verteidigungsorganisation mit Begeisterung unterstützt. Wesentlich vorsichtiger dagegen verhält man sich gegenüber dem europäischen Integrationsprozess. Der Beitritt Polens zur EU dürfe die kulturelle und nationale Identität nicht antasten. Die polnischen Christdemokraten glauben, dass Charles de Gaulles Formel vom „Europa der Vaterländer“ auch die Erwartungen Polens in dieser Hinsicht am besten ausdrückt. Auf Grund der wirtschaftlichen Ungleichheit sollte man im übrigen sehr vorsichtig mit der Gründung sog. Euroregionen sein. Erst nach dem EU-Beitritt dürften solche regionalen Struktur für Polen spruchreif werden.

Gegenüber den nationalen Minderheiten wird die Einhaltung internationaler Gesetze und Konventionen sowie des Gegenseitigkeitsprinzips verlangt. Einzelne parteipolitische Gruppierungen verkennen offenbar die Rechtslage, wenn sie z. B. dieselben Rechte, die die Deutschen in Polen besitzen, auch für die polnische Minderheit in Deutschland beanspruchen. Mit Recht verlangen die Christlichen Demokraten jedoch mehr Aufmerksamkeit für die polnischen Minderheiten in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion.

Die geringe Resonanz christlich-demokratischer Programmatik in der Gesellschaft ist vor allem auf die Zersplitterung dieser Formationen zurückzuführen. Es ist nicht ganz von der Hand zu weisen, dass die erwähnten ständigen Streitigkeiten und Reibereien Ausdruck des „spezifisch Polnischen“ sind.

## 5. Bewertung und Perspektiven

Es mag erstaunen, dass sich in Polen, in dem das Christentum so tief im Volke verankert ist, nach der Wende die christlich-demokratischen Ideen kaum durchgesetzt haben. Die Misere der Parteien, die sich auf christlich-demokratische Werte berufen, kommt nicht von ungefähr. Mehrere Faktoren sind zu nennen. Alle nach der Wende in Polen durchgeführten Wahlen und Referenden zeigen, dass die Wählerschaft gespalten ist. Ungefähr die Hälfte nimmt überhaupt nicht am politischen Leben teil. Die andere Hälfte ist wiederum gespalten – grob gesagt – in Anhänger der Postkommunisten auf der einen und Anhänger der Postsolidarität auf der anderen Seite. Die ersteren sind treue, disziplinierte Wähler einer bestimmten, stabilen Formation. Die letzteren dagegen – meistens dem christlichem Ideengut verbunden – unterstützen verschiedene Parteien und vertreten verschiedene Richtungen.

Die Abneigung der polnischen Christen gegen eine einheitliche christliche Parteiformation ist vor allem auf innenpolitische Probleme zurückzuführen. Nach jahrzehntelanger atheistischer Propaganda und der Verbannung des Christentums aus der Öffentlichkeit scheint auch heute noch jede Präsenz der Christen als Christen in Politik und Öffentlichkeit ebenso als etwas Außergewöhnliches, wie die friedliche Zusammenarbeit von Kirche und Staat.

Heute sind die Kirchen und die Religionsausübung frei, aber das christlich-demokratische Gedankengut als Leitidee des Politischen und des Kulturellen hat in Polen noch nicht die gewünschte Resonanz. Der laizistischen Linken ist es sogar gelungen, erfolgreich Propaganda zu treiben mit dem Schlagwort: „die Schwarzen haben die Roten ersetzt“. Andererseits ist nicht zu übersehen, dass die Kirche vielfach direkt Einfluss auf die Politik genommen hat oder nehmen wollte. Zu diesem Eindruck trugen nicht zuletzt

auch die Vertreter national-katholischer Parteien bei, die die kirchliche Autorität instrumentalisierten und für ihre spezifischen politischen Interessen einspannen wollten.

So fehlt der Christlichen Demokratie in Polen vor allem der Rückhalt des vopolitischen Raums, der das wichtigste Rekrutierungsfeld des politischen Nachwuchses und der Wählerschaft der Schwesterparteien in Westeuropa war. Entsprechend vermögen die christlichen Parteigruppierungen Polens auch kaum, die jüngeren und mittleren Altersjahrgänge anzusprechen. Man bezeichnet sie wegen ihrer Überalterung auch als „Sofa-Parteien“. Wegen ihres geringen gesellschaftlichen Rückhalts vermögen die christlichen Parteien auch nicht, die Interessenvermittlung zwischen Gesellschaft und Staat, zwischen Bevölkerung und Regierung zu leisten. Angesichts der ständigen Streitigkeiten dieser Parteiformationen hat der Papst einmal bemerkt, dass hier eine alte polnische Untugend zum Vorschein komme, nämlich ein übertriebener Individualismus, der zur Aufspaltung des sozio-politischen Bereichs führe.<sup>11</sup>

Die Gründe des Misserfolges christlich-demokratischer Parteien bedürfen noch einer Ergänzung. Zum einen hängen die christlichen Parteien Polens noch einer antiquierten Form des Patriotismus an, der die Religion eng mit der Nation verbindet und sich mitunter pathetisch und heroisch präsentiert. Eine Programmatik und ein Verhalten gemäß dem Motto „Gott – Ehre – Vaterland“ hat heute unter den Jugendlichen kaum Anhänger; es geht zwangsläufig an den Problemen und Erwartungen der Menschen vorbei.

Ein weiterer Grund des Misserfolges der Christlichen Demokratie dürfte die Art und Weise der „Übersetzung“ von Prinzipien der christlichen Sozialethik auf die Parteiprogramme und die Tagespolitik sein. Solche Forderungen der katholischen Soziallehre wie „Vorrang der Arbeit vor dem Kapital“, „Familienlohn“, „breite Streuung des Privateigentums“ u. a. wurden bisher nicht als langfristige Ziele

der Ordnungspolitik dargestellt, sondern als hier und jetzt zu realisierende Aufgaben. Im übrigen stimmten diese unrealistischen sozialen Forderungen mit denen der sozialistischen Linken überein. In vielen wirtschaftlichen Fragen haben christliche Abgeordnete denn auch mit der Linken gestimmt. So ist es kein Wunder, dass die Christlichen Demokraten in Wirtschaftskreisen keinen guten Ruf haben.

Auch wenn katholische bzw. christlich-demokratische Parteien gegenwärtig keine großen Erfolge zu verzeichnen haben, wäre es falsch zu behaupten, dass christliche Werte überhaupt keinen Einfluss auf die Parteiprogramme und die Politik hätten und dass für überzeugte Katholiken oder Protestanten kein Platz in der Politik sei.

Im übrigen wird man nicht sagen können, dass – auch wenn es Ausnahmen gibt (z. B. *Demokratischen Linksallianz* und *Arbeitsunion*) – die politischen Parteien in Polen antichristlich, antikirchlich oder laizistisch eingestellt wären (vgl. zur religiösen Einstellung polnischer Eliten in Politik und Wirtschaft Tabelle 2).<sup>12</sup>

Die Ergebnisse anderer Untersuchungen sind nicht weniger interessant (vgl. Tabelle 3). Sie zeigen die religiösen Einstellungen der Mitglieder verschiedener Parteien. Die Untersuchungen wurden 1991–1993 unter Delegierten auf Parteikongressen durchgeführt. Die meisten hier aufgeführten Parteien existieren nicht mehr. Doch berührt dies nicht den Umstand, dass diejenigen polnischen Katholiken, die sich politisch engagieren möchten, nicht unbedingt in einer „katholischen“ oder „christlichen“ Partei tätig sein wollen. Dies scheint auch den Einschätzungen der polnischen Bischofkonferenz zu entsprechen. Ihr ehemaliger Generalsekretär, Bischof Tadeusz Pieronek, äußerte sich diesbezüglich unmissverständlich: Die katholische Kirche in Polen braucht keine besondere katholische Partei, sie braucht vielmehr Parteien von Katholiken, die im politischen Leben christlich handeln.<sup>13</sup>

Doch das politische Engagement wird seitens der organisierten Katholiken kaum wahrgenommen oder angestrebt. Zwar sind viele neuentstandene katholische Bewegungen und Verbände religiös sehr aktiv, doch ihre Anhänger weigern sich aus den bekannten Gründen, am politischen Leben teilzunehmen. Nur in seltenen Fällen sind engagierte Christen fähig und willens, ihren religiösen Eifer in gesellschaftlich-politische Verantwortung umzusetzen. Die frommen „Sonntagskatholiken“ wollen zumeist mit der „schmutzigen Politik“ nichts zu tun haben. Der Weg zu größerer politischer Verantwortung der Christen in Polen ist noch weit.

Tab. 1: Die christlich-demokratischen Parteien in Polen nach 1989

<i>Namen</i>	<i>Entstehung</i>	<i>Führende Personen</i>	<i>Anwesenheit auf der politischen Szene</i>	<i>Bedeutung heute</i>
SP/ ChDPS ChD/SP	12.02.1989	Władysław Siła-Nowicki	Sejm der X. Kadenz: 1 Mandat; Sejm der I. Kadenz: 5 Mandate	Ohne größere Bedeutung; später: Zusammenarbeit mit dem PiS
ZChN	Oktober 1989	Władysław Chrzanowski, Ryszard Czarnecki, Marian Piłka, Jerzy Kropiwnicki	– als Teil der Katholischen Wahlaktion/ 1991–93: 49 Mandate; – 1992–93: Mitregierung mit der Freiheitsunion; – 1997–2001: Teil der AWS	zur Zeit ohne größere Bedeutung

<i>Namen</i>	<i>Entstehung</i>	<i>Führende Personen</i>	<i>Anwesenheit auf der politischen Szene</i>	<i>Bedeutung heute</i>
PChD/ PPChD	13.12.1993 2000	Paweł Łączkowski, Janusz Steinhoff	Sejm der I. Kadenz: 4 Mandate; ab 1997 Teil AWS	Ohne größere Bedeutung
Polnisches Forum Christlicher Demokratie/ Partei der Polnischen Demokratie	1991 1993			Ohne Bedeutung
PC	1990	Jarosław Kaczyński	Sejm der I. Kadenz: 44 Mandate; ab 1997 Teil der AWS	2001: Auflösung
ChD III RP	1997	Lech Wałęsa		Ohne Bedeutung
AWS	1997	Marian Krzaklewski	1997–99: Mitregierung mit der Freiheitsunion; 1999–2001: Regierung	
Gesellschaftliche Bewegung/ AWS	2001	Jerzy Buzek		Ohne Bedeutung
PiS	April 2001	Lech Kaczyński, Jarosław Kaczyński	ab 2001: 44 Mandate	Keimzelle der stabilen Christlichen Demokratie?

Tab. 2: Die Einstellung zur Religion politischer Eliten  
in Prozent

	<i>Die Nomenklatur aus dem Jahre 1988</i>	<i>Die neue politische Elite</i>	<i>Der staatliche Handel</i>	<i>Der private Handel</i>
Die Zahl der Befragten N	856	375	218	316
Katholisch Erzeugene	96,4	94,4	98,6	94,6
Die heutige religiöse Selbsteinschätzung				
Ungläubig	36,8	17,4	8,3	14,5
Katholisch	61,1	81,6	90,8	82,4
Andere Konfessionszugehörigkeit	2,1	1,0	0,9	3,1
Teilnahme an der Sonntagsmesse mindestens ein Mal pro Woche (sog. dominicantes)	15,3	38,7	34,8	26,3

Quelle: E. Wnuk-Lipiński, *Demokratyczna rekonstrukcja. Z socjologii radykalnej zmiany społecznej (Die demokratische Rekonstruktion. Die Soziologie einer radikalen gesellschaftlichen Wende)*, Warszawa 1996, S. 163.

Tab. 3: Die religiösen Einstellungen und Praktiken der Vertreter verschiedener Parteien

Partei- kongresse:	PC		UD		KLD		ZChN	SdRP
	I	II	I	II	II	III	III	II
	März 91	Juni 92	Mai 91	April 93	Mai 91	Feb. 92	Feb. 93	März 93
tief Gläubige	27	24	13	10	9	10	56	23
Gläubige	59	72	59	60	68	62	44	23
Unent- schiedene	3	3	12	12	7	13	0	13
Ungläu- bige	7	1	11	11	10	9	0	38
entschie- den Un- gläubige	0	0	4	4	2	4	0	25
regel- mäßig Praktizie- rende	56	55	40	35	40	30	87	3
unregel- mäßig Praktizie- rende	29	37	32	29	29	30	8	10
nur selten Praktizie- rende	4	4	13	14	21	17	1	15
nicht Praktizie- rende	6	2	12	20	9	20	0	66

Quelle: M. Grabowska, T. Szawiel, Anatomia elit politycznych. Partie polityczne w postkomunistycznej Polsce (Eine Anatomie der politischen Eliten. Die politischen Parteien im postkommunistischen Polen), Warszawa 1993, S. 41, 46.

## Anmerkungen

<sup>1</sup> Zu ihm ausführlich Guido HITZE, Carl Ulitzka (1873–1953) oder Oberschlesien zwischen den Weltkriegen, Düsseldorf 2002, S. 256ff., u.ö.

<sup>2</sup> Eine kurze Übersicht in: Werner ALLEMEYER, Christliche Demokratie in Europa und Lateinamerika. Geschichte, Strukturen, Programme, Bonn 1964, S. 186ff.

<sup>3</sup> Stimmenanteile bei der polnischen Parlamentswahl vom 23.9.2001 in Prozent (d.i. die 4. Wahl seit 1989; Wahlbeteiligung 46,3 %) betrug: UW 3,1 %; AWSP 5,6 %; LPR 7,87 %; PSL 8,98 %; PiS 9,5 %; Samoobrona 10,2 %; PO 12,68 %; SLD/UP 41,04 %; andere Parteien 1,03 %.

<sup>4</sup> Vgl. S. LEM, Stanie na głowie (Der Kopfstand), in: „Tygodnik Powszechny“ vom 6.10.2002.

<sup>5</sup> Vgl. E. WNUK-LIPIŃSKI, Demokratyczna rekonstrukcja. Z socjologii radykalnej zmiany społecznej (Die demokratische Rekonstruktion. Die Soziologie einer radikalen gesellschaftlichen Wende), Warszawa 1996, S. 202.

<sup>6</sup> Vgl. M. GRABOWSKA/T. SZAWIEL, Anatomia elit politycznych. Partie polityczne w postkomunistycznej Polsce (Eine Anatomie der politischen Eliten. Die politischen Parteien im postkommunistischen Polen), Warszawa 1993, S. 169.

<sup>7</sup> Zu dessen Geschichte vgl. A. MICEWSKI, Współrządzić czy nie kłamać? Pax i Znak w Polsce, 1945–1976, Paris 1978; deutsche Übersetzung von Wolfgang Grycz: Katholische Gruppierungen in Polen. PAX und ZNAK 1945–1976, München 1978.

<sup>8</sup> Bei M. GRABOWSKA/T. SZAWIEL (wie Anm. 6), S. 49–60, heißt es im III. Kapitel „Die Verständigung Zentrum – die polnische Chacdecja“.

<sup>9</sup> Vgl. R. VON WEIZSÄCKER, Die deutsche Geschichte geht weiter (poln.: Historia Niemiec toczy się dalej), Berlin 1983, S. 113.

<sup>10</sup> K. WOJTASZCZYK, Wiedza o społeczeństwie. Zarys wykładu (Das Wissen über die Gesellschaft. Ein Umriss der Vorlesung), Warszawa 2000, S. 326.

<sup>11</sup> Vgl. „Wo sind wir vom Evangelium abgewichen?“ Eine Gewissensforschung für die Welt an der Schwelle zum Jahr 2000, in: L'Osservatore Romano. Wochenausgabe in deutscher Sprache, Nr. 45 (1993).

<sup>12</sup> Die entsprechenden Untersuchungen wurden zwar schon 1993

durchgeführt, aber spätere Umfragen bestätigen, dass die religiösen Einstellungen sich seitdem nicht wesentlich verändert haben.

<sup>13</sup> Vgl. den Bericht mit den übersetzten Äußerungen von W. GRYZ, Polens katholische Laien – dienstbare Geister oder Partner?, in: Ost-West Informationsdienst des katholischen Arbeitskreises für zeitgeschichtliche Fragen, Nr. 186 (1996), S. 58–71.